

Antrag

der Abgeordneten Carolin Bachmann, Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Dr. Christina Baum, Marcus Bühl, Peter Felser, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Wärmewende stoppen – Die sichere, lückenlose und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Übergang zu einer Energieversorgung im Wärmesektor von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas zu sogenannten Energieträgern wie Sonne, Wind und Wasserkraft wird als „Wärmewende“ bezeichnet.

Diese Wende sowie die ihr zugrundeliegende sogenannte „Klimaschutzpolitik“ stellt die gesamte deutsche Gesellschaft und Volkswirtschaft vor enorme Belastungen und dies in jeglicher Hinsicht – unter sehr optimistischen Annahmen bis zu mehreren Billionen Euro in den nächsten 25 Jahren¹. Die gestiegenen Kosten für Wärme/Energie stellen nicht nur für Unternehmen, insbesondere energieintensive Industrien ein großes Problem dar, sondern auch für Privathaushalte bei der Wohnenergieversorgung und bei der Mobilität.

Mit dem Referentenentwurf für die zweite Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes aus dem Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sind weitere enorme Belastungen absehbar. So treiben geplante neue Regelungen im Gebäudeenergiegesetz und die Verabschiedung einer Novelle der EU – Gebäudeenergiegesetzes (EPBD) im privaten Bereich die Kosten für einen Heizungstausch und die damit einhergehende verordnete energetische Sanierung Menschen in finanzielle Not. Experten sehen einen unzulässigen Eingriff in die Eigentumsrechte.²

Die von der Bundesregierung geplanten Regelungen innerhalb ihrer Energiepolitik bedürfen einer Vielzahl von verschiedensten Instrumenten. Diese stehen jedoch nicht vollumfänglich zur Verfügung.

So ist zum Beispiel der Bedarf an Fachkräften für den angeordneten millionenfachen Umbau von Heizungsanlagen, im Sinne der Energiepolitik der Bundesregierung,

¹ <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfado-fuer-deutschland>

² www.focus.de/politik/deutschland/geplante-heizungs-verbote-experte-erhebt-schwerem-vorwurf-gegen-ha-becks-oeko-diktatur_id_188213208.html

enorm hoch. Jedoch fehlen allein in diesem Bereich ca. 60.000 Fachkräfte (Heizungsinstallateure), um den politisch verordneten Heizungsumbau und somit die „Wärmewende“ zu realisieren.³

Die fast ausschließlich einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf Wärmepumpen ist problematisch. Hohe Kosten, jeweilige erforderliche Raumkapazitäten und eine nicht unerhebliche Geräuschentwicklung sind nur einige Problempunkte. Ausreichend Wärmepumpen zu bezahlbaren Preisen werden nicht verfügbar sein durch die hohe Nachfrage, bei gleichzeitigen Lieferkettenproblemen und sich verschärfendem Fachkräftemangel.⁴

Jene Wärmepumpen, die verfügbar sein werden und in den Einsatz gelangen, werden für einen stetig wachsenden Strombedarf sorgen, welcher die Stromerzeuger und Stromversorger vor große Herausforderungen bezüglich der Versorgungssicherheit stellen wird – so hat bereits Vonovia Probleme, Wärmepumpen in ihren Liegenschaften zu betreiben.⁵ Zudem wird der Strompreis absehbar hoch und damit der Wärmepumpenheizungsbetrieb teuer bleiben – eine Stützung, wie sie etwa durch Einführung einer Wärmepumpenstrompreisbremse angegangen wird, verlagert dieses Problem, zumindest teilweise, lediglich auf den Steuerzahler.

Der diesbezügliche Bericht der Bundesnetzagentur „Stand und Entwicklung der Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität“ vom Januar 2023 basiert auf einer Vielzahl von „unterstellten Ausbauzielen“, „unterstellter Kapazitätswachst“, „unterstellte Elektrifizierung“, „unterstellte Ausbauten an Erneuerbaren Energien und dergleichen mehr.“⁶ Versorgungssicherheit kann nicht auf der Annahme basieren, dass die Bundesregierung ihre eigenen Ziele erreicht, da es sich um einen Zirkelschluss handelt.

Bei diesen Unsicherheiten verwundert es nicht, dass Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller das Verfehlen von Energieeinsparungszielen für den Winter 2023/2024 als Risiko sieht⁷, obwohl die Bundesregierung die Erzeugungskapazitäten der am 15. April 2023 abgeschalteten Kernkraftwerke für nicht notwendig erachtet. Die Elektrifizierung weiterer Sektoren (Verkehr, Industrie) wird diese Situation weiter verschärfen. Die angekündigte Verbilligung sogenannter erneuerbarer Energien wird nicht eintreten, da deren technische Entwicklung sowie die Erschließung von Serieneffekten weitgehend ausgeschöpft ist.

Eine weitere tatsächliche Umsetzung von energiepolitischen Maßnahmen zur „Wärmewende“ muss vor Ort, in den Kommunen erfolgen, jedoch liegt eine dafür erforderliche, zwischen Ländern und Kommunen abgestimmte, kohärente und praktikable Strategie zur „Wärmewende“ nicht vollumfänglich vor.⁸

Der Städte- und Gemeindebund (DStGB) stellt fest, dass grundlegendes Zahlenmaterial fehlt. Eine exakte Analyse und eine daraus folgende Feststellung zu tatsächlichen Summen der betroffenen Gebäude, der benötigten Handwerkskapazitäten und der entstehenden Kosten, ist nicht vorhanden.⁹

³ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/heizungsbranche-in-deutschland-fehlen-60-000-installateure-18834269.html

⁴ www.morgenpost.de/wirtschaft/article236630979waermepumpe-kauf-probleme-preis-strom-lautstaerke-heizung.html

⁵ www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/stellt-die-waermepumpe-das-deutsche-stromnetz-vor-grosse-herausforderungen-was-die-bundesnetzagentur-zu-aeusserung-des-vonovia-chefs-sagt-li.346401

⁶ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publication-File&v=4

⁷ www.tagesschau.de/inland/mueller-gas-strom-preissenkung-101.html

⁸ www.bundestag.de/resource/blob/940564/2d854d414f2a61ac39bac1148c89cbe8/Stellungnahme_Kommunale_Spitzenverbaende-data.pdf

⁹ www.ruhrbarone.de/kommunen-kritisieren-habecks-waermewende-plan-als-unrealistisch/218920/

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages stellen in ihrer Ausarbeitung vom 22. Februar 2023, namens „Die Wärmewende in Deutschland“, (WD5 – 3000 – 010/23) hinreichende Hindernisse, Hemmnisse und weitreichende Hürden für eine erfolgreiche „Wärmewende“ fest.¹⁰

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die konzeptionslose Wärmewende zu stoppen und stattdessen die Wahl zwischen verschiedenen Heizungssystemen dem Bürger zu überlassen und ihn nach eigener Präferenz und eigenen Möglichkeiten entscheiden zu lassen;
2. eine sichere, verlässliche und kostengünstige Stromversorgung durch eine Ausweitung des Angebots an grundlastfähiger Kraftwerkskapazität unter Einbeziehung von Kohle- und Kernenergie zu bewirken, um so zu einer wirtschaftlichen und gleichermaßen umweltverträglichen Energiepolitik zurückzukehren;
3. darauf hinzuwirken, sämtliche Fördermaßnahmen sogenannter erneuerbarer Energien sowie deren Privilegierung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schnellstmöglich einzustellen;
4. auf den kurzfristigen Ausstieg aus dem Treibhausgas-Emissionszertifikathandel der Europäischen Union (EU-ETS) sowie aus allen entsprechenden nationalen Bepreisungen (z. B. BEHG) hinzuwirken und jegliche damit im Zusammenhang stehende Umsetzung von EU-Verordnungen und Richtlinien, insbesondere weitere willkürliche, unsoziale und ständig wechselnde Anordnungen und Bestimmungen zu unterlassen;
5. einen verbindlichen und rechtlich belastbaren Rahmen zu schaffen, in dem Verbraucher und Unternehmen mit größtmöglicher Freiheit ihre Konsumententscheidungen treffen bzw. ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten können, womit Anreize für deutsche Unternehmen entstehen, entweder nach Deutschland zurückzukehren oder Pläne der Abkehr zu verwerfen, um so jedweder voranschreitender Deindustrialisierung entgegenwirken zu können;
6. bei allen energetischen Maßnahmen den Schutz des Eigentums im Sinne von Art. 14 Grundgesetz hinreichend zu berücksichtigen,
7. bei allen energiepolitischen Maßnahmen besondere Rücksicht auf die Bürger mit niedrigem Einkommen und die Altersvorsorge Rücksicht zu nehmen sowie
8. es zu unterlassen, die vermeintliche Notwendigkeit der Absenkung von CO₂-Emissionen im Rahmen des sogenannten Klimaschutzes durch unbegründete Angst oder andere derartige Einflussnahme zu befördern und auf die Rückabwicklung der ideologischen Klimapolitik sowie jeglicher Maßnahmen zur sogenannten „Wärmewende“ hinzuwirken, um soziale Ängste zu verhindern.

Berlin, den 17. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

¹⁰ www.bundestag.de/resourceblob/940166/b842d5428e65f5924a17f2d5d66a8a54/WD-5-010-23-pdf-data.pdf

Begründung

Durch die überstürzten Handlungen der Bundesregierung zur Umstellung der Energieträger von fossil auf „erneuerbar“ sowie der noch geplanten weiteren Eingriffe in alle Lebens- und Wirkungsbereiche innerhalb dieser Gesellschaft, entstehen volkswirtschaftlich weder absehbare noch verträglich abbildbare Kosten.

Alle bestehenden, absehbaren oder auch noch nicht erkennbaren Probleme, welche mit der „Wärmewende“ und anderen energiepolitischen Maßnahmen einhergehen, wie: Fachkräftemangel und fehlende Produktionskapazitäten bei wichtigen Geräten oder auch einzelnen Bestandteilen befinden sich weder im Bereich der Lösungsfindung noch liegen klare Konzepte für die möglichen Problemszenarien und deren erzielbaren Lösungen vor. Erschwerend kommen komplizierte Zulassungsverfahren, hemmende ordnungsrechtliche Regelungen, erforderliche flächendeckende Bestandsaufnahmen aller Gegebenheiten für eine flächendeckende Gebäudesanierung und Heizungsmodernisierung, vorhandener Infrastruktur, Ermittlung regionaler Potenziale für die mögliche Gewinnung sogenannter erneuerbarer Energien, fehlende Förderungssicherheit für Bürger sowie die kommunal verortete Problematiken wie z. B. Personalmangel, langwierige Verwaltungsverfahren, fehlendes Budget sowie fehlende Erfahrung zusammen mit starren und nicht zu haltenden Fristen hinzu.

Der Eingriff in das private Leben der Bürger, bei der Durchsetzung z. B. der „Wärmewende“, führt zu absoluter Überforderung und dies nicht nur in finanzieller Hinsicht. Akzeptanz ist nicht vorhanden, stattdessen Sorgen und Zukunftsängste.